



## Im Parlament gewonnen! Auf der Strasse verloren?

Angesichts der Staatskrise wandte sich Präsident Carlos Mesa am Sonntagabend in einer Fernsehansprache an das bolivianische Volk und machte eindeutig klar, dass er so nicht mehr weiterregieren könne. Denn das Land ist durch Straßenblockaden lahmgelegt, die von Evo Morales, dem Führer der Cocabauern und Abel Mamani, dem Vorsitzenden der Nachbarschaftsvereinigung von El Alto initiiert wurden. Auch das Parlament blockierte die Politik der Regierung.

Als Konsequenz und für ihn letztmögliche Maßnahme stellte der Präsident am Montag die Vertrauensfrage und legte seinen Rücktritt in die Hände des Parlaments.

Damit mobilisierte Mesa seine Anhänger, die auf der Plaza Murillo vor dem Regierungspalast ihren Präsidenten aufforderten, im Amt zu bleiben. Die katholische Kirche rief zu Besonnenheit und zur Einheit des Landes auf. Es wurden politische Verhandlungen mit den Parteien in Gang gesetzt, wie mit dem angebotenen Rücktritt umzugehen sei.

Am Dienstagnacht fiel die Entscheidung: Das Parlament entschied sich gegen den Rücktritt Mesas. Der Präsident verständigte sich mit dem Parlament auf der Grundlage einer Erklärung, die von der Mehrheit der Parteien unterzeichnet wurde. Danach sollen folgende Forderungen Mesas so schnell wie möglich umgesetzt werden:

- 1) Ein Gesetz über die Kohlenwasserstoffe, das dem Staat einerseits größtmögliche Einnahmen verschafft und andererseits Investitionen, vor allem aus dem Ausland (multinationale Konzerne) attraktiv macht. Das Gesetz regelt die Förderung, Industrialisierung und Vermarktung von Gas und Öl.
- 2) Direktwahl der Präfekten in den Departamenten, Referendum über die Autonomie der Departamente und Durchführung der Constituyente (verfassungsgebenden Versammlung).
- 3) Ein nationaler Pakt für Produktion, Beschäftigung unter Einschluss der repräsentativen Gruppen der bolivianischen Gesellschaft.
- 4) Maßnahmen gegen die Blockaden im Land, um die Stabilität und den sozialen Frieden im Land zu fördern.

Damit hat Carlos Mesa ohne Frage einen großen politischen Erfolg errungen. Einschränkend muss jedoch gesagt werden, dass diese Mehrheit auf den alten, klassischen Parteien beruht, die in den letzten eineinhalb Jahren stark an Glaubwürdigkeit und Akzeptanz im Volk verloren und die ihn bislang im Parlament blockiert haben. Durch seine vehementen Angriffe gegen Evo Morales und Abel Mamani in seiner Rede am vergangenen Sonntag hat sich eine neue Front aufgetan. So wurde die oben genannte Erklärung auch nicht von der MAS (Bewegung zum Sozialismus) unter der Führung von Evo Morales und der MIP (Movimiento Indígena Pachakuti/indigene Bewegung der Aymaras und Quechuas), Partei von Felipe Quispe, auch Mallku genannt, unterzeichnet. Diese haben sogar zu einem „guerra social“, also zum Krieg der sozialen Bewegungen gegen die Regierung aufgerufen.

Brisant ist dies, da gerade diese beiden Parteien das Potential haben, Blockaden zu initiieren. Dies gilt insbesondere für die MAS. Evo Morales ist es in der letzten Woche gelungen, seine Anhänger im Chapara zu mobilisieren, mit dem Ergebnis, dass auch heute Cochabamba von Blockaden eingekreist ist. Die MAS fordert eine Abgabe von fünfzig Prozent der Gewinne der transnationalen Konzerne im Gas- und Ölgeschäft. Mallku geht weit darüber hinaus und möchte die Verstaatlichung des Sektors.

SchlüsselInfoBolivien darf gerne weitergegeben werden; Rückmeldungen sind erwünscht.

Bei Abdruck bzw. Verwendung bitte Quelle angeben, ausserdem wird ein Belegexemplar (Mail) erbeten.

Kommerzielle Verwendung nur mit vorheriger Genehmigung von Acceso Público:

e-mail [acesopublico@entelnet.bo](mailto:acesopublico@entelnet.bo), Telf-Fax (xx591-2-)2124413, Postfach/Casilla 9564 La Paz-Bolivien.



Präsident Mesa hat durch die Unterzeichnung der oben genannten Übereinkunft die Mehrheit im Parlament hinter sich, um diese Forderungen abzulehnen und ein anderes Gesetz durchzusetzen. Ob er jedoch in der Lage ist, die Blockaden aufzuheben, und somit den Warentransport und den Verkehr wieder fließen lassen kann, ist eine ganz andere Frage.

Dies gilt auch für den Streik in El Alto. Nach wie vor fordert die Nachbarschaftsvereinigung der drittgrößten Stadt Boliviens, die sofortige Auflösung des Vertrags mit dem Wasserversorger Aguas del Illimani, der zu 55 Prozent dem französischen Unternehmen Suez gehört. Auch wenn der seit über einer Woche andauernde Streik mit Blockaden auf El Alto an Schlagkraft verloren hat, so ist der Konflikt noch nicht ausgestanden.

So gibt es sozusagen als Reaktion auf die Koalition Mesas mit den klassischen Parteien eine Gegenbewegung. Dieser schlossen sich die zentrale Arbeitergewerkschaft (COB), die Vereinigung der Arbeiter und Kleinbauern Boliviens (CSUTCB), die MAS und weitere zehn Organisationen aus den sozialen Bewegungen an. Sie haben am Mittwoch morgen einen Pakt unterzeichnet, der für das Gesetz über die Kohlenwasserstoffe die Erhöhung der Abgaben auf Gewinne von 18 auf 50 Prozent, die Durchführung der Constituyente und die Beendigung des Vertrages mit Aguas del Illimani fordert.

Diese Polarisierung der politischen Akteure beinhaltet grosses Konfliktpotential. Die nächsten Tage und Wochen werden zeigen, wie weit es den sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und der Nachbarschaftsvereinigung von El Alto wie deren Beratern gelingt, ihre Anhänger zu Streiks und Blockaden zu mobilisieren und die Macht der Strasse zu demonstrieren. Daran wird sich nicht zuletzt entscheiden, ob Carlos Mesa mit der Androhung seines Rücktritts und dem Nachgeben des Parlaments nur einen Pyrrhussieg errungen hat oder ob er tatsächlich seine Regierungsfähigkeit grundlegend stärken konnte.

Jürgen Leonhard  
Schlüssel Info Bolivien  
Programm Acceso Público der Fundación Pueblo/Dorfstiftung